



Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Strategie 2026-2030

Ausgangspunkt

Das Risiko für Katastrophen und Krisen ist in den letzten Jahren gestiegen, auch in Baden-Württemberg. Wie auch im Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) §1 festgestellt, haben die in Baden-Württemberg lebenden Menschen in unterschiedlichem Maße Kapazitäten mit diesen Ereignissen (z.B. Hitzewellen, Hochwasser, Ausfall kritischer Infrastrukturen) umzugehen. Kapazitäten und Hilfebedarfe ergeben sich aus dem Zusammenspiel der individuellen Lebenssituationen, gesellschaftlichen (Katastrophenvorsorge-)Strukturen und den jeweiligen Lagen.

Werden Menschen und Lebenssituationen bei der Gestaltung von Katastrophenvorsorgestrukturen nicht angemessen berücksichtigt, schwächt das ihre Kapazitäten zum Umgang mit Katastrophen und Krisen. Laut aktueller Forschung (z. B. [KIM Studie](#)) betrifft dies insbesondere Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund, ältere und jüngere Menschen sowie Menschen in sozioökonomisch herausfordernden Situationen; sie werden aktuell in der Katastrophenvorsorge wenig mitgedacht.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und diese Situation zu verbessern, wurde im Juni 2024 vom Innenministerium die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Zunächst auf zwei Jahre angelegt, wurden durch die Mitgliedsorganisationen, unter Koordination der Geschäftsstelle der Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und des Landesverbands Baden-Württemberg des Deutschen Roten Kreuzes e.V. sowie beraten durch Mitarbeiter:innen der Universität Tübingen, verschiedene Projekte angestoßen, um die Notwendigkeit inklusiver Katastrophenvorsorge aufzuzeigen, die Datenbasis mit Blick auf Baden-Württemberg zu verbessern, Austauschformate zu initiieren und Einsatzkonzepte weiterzuentwickeln.

In den vergangenen zwei Jahren wurden bereits zahlreiche Projekte umgesetzt:

- [Befragung zum Status Quo inklusive Katastrophenvorsorge in Baden-Württemberg](#) unter den Mitgliedsorganisationen mit einem Rücklauf von 124 Antworten
- die Durchführung von drei Runden Tischen mit Vertreter:innen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, der Wohlfahrtsarbeit, der Selbsthilfe und Selbstvertretung und weiterer Akteur:innen
- die Begleitung einer Übung mit der Diakonie Stetten und dem DRK Stuttgart e.V.
- die Vernetzung mit lokalen Akteuren aus Politik und Praxis in Baden-Württemberg
- die Vernetzung und Beratung mit anderen, ähnlichen Initiativen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene
- die Hinwirkung auf die Anpassung von §1 des Landeskatastrophenschutzgesetzes
- Online-Vortragsreihe „Inklusive Katastrophenvorsorge“ (01.26-06.26)



- die Unterstützung oder Verbreitung von Publikationen zum Thema¹

All dies wurde weitgehend mit ehrenamtlichem Engagement der Koordination und insbesondere der Mitgliedsorganisationen sowie ohne eigenes Budget erreicht.

Der Rückblick auf die Arbeit der vergangenen zwei Jahre macht zweierlei deutlich: Zum einen besteht seitens der Mitgliedsorganisationen aus der Landes- und Kommunalpolitik, den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, der Wohlfahrtsarbeit, der Selbsthilfe, der Selbstvertretung und anderer großes Interesse an einer gemeinsamen Arbeit zur Verbesserung der Inklusivität der Katastrophenvorsorge in Baden-Württemberg. Zum anderen wurden zahlreiche Probleme aufgedeckt, die nun anzugehen sind. Die bisherigen Arbeiten machen deutlich, dass dies nur der Anfang sein kann. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Initiative in der nächsten Legislaturperiode weiterzuführen. Dies erfordert, dass die Initiative auf stabile Füße gestellt wird und entsprechende Ressourcen bereitzustellen sind, um die Arbeit noch effizienter zu gestalten.

Potentiale der Initiative

Eine Verbesserung der Inklusivität von Einsatz- und Planungskonzepten kann zu allererst die Unterstützungsbedarfe in Notlagen aller Art reduzieren, sodass man die besonders kostbare Ressource hochspezialisierter Einsatzkräfte schonen kann.² Weiterhin kann die Förderung der Selbsthilfe- und Eigenvorsorgekapazitäten von Menschen, die bisher vornehmlich in einer Opferrolle gesehen werden, neue Hilfpotentiale freischalten und auf diese Weise Kapazitäten zur Unterstützung von Einsatzkräfte schaffen.

Zugleich ist zu bedenken: Die Diversität von Lebenssituationen beeinflusst die Lagebewältigung, auch ohne, dass man darüber spricht. Auch wenn, oder gerade, weil etwa nicht über inklusive Krisenkommunikation gesprochen wird, werden Menschen Informationen zur Vorsorge oder Bewältigung nicht erhalten und damit Mehraufwand für Einsatzkräfte generieren. Wenn bestehende Herausforderungen jedoch frühzeitig und vor Schadenslagen identifiziert und adressiert werden, kann man damit Problemen und Anforderungen im Einsatz vorbeugen.

Die bisherigen Arbeiten der Initiative konnten nur deshalb durchgeführt werden, weil seitens ihrer Mitgliedsorganisationen große Bereitschaft für Veränderung besteht. Diese Bereitschaft ist ein klares Bekenntnis, dass es an der Zeit ist zu handeln. Wie die Diskussionen bei den Runden Tischen nahelegen, besteht dabei bei allen Akteur:innen ein Interesse an geteilten Verantwortungen.

Die Initiative hat in den letzten zwei Jahren bereits große Strahlkraft entwickelt. An verschiedenen Stellen hat das Erfolgsmodell Baden-Württemberg zu Nachahmungseffekten und Vernetzungsanfragen geführt (z. B. Sachsen-Anhalt, Sachsen, Hamburg, Berlin). Werden diese

¹ Z.B. „[Kochen ohne Strom in Leichter Sprache](#)“.

² Können etwa Personen, die einen Rollstuhl nutzen eigenständig über eine Rampe evakuieren, benötigt es keine Einsatzkräfte (siehe z. B. [Auswertung der Übung in Stetten](#)).

ersten Schritte fortgeführt und auf stabile Beine gestellt, kann Baden-Württemberg in diesem Bereich in den nächsten Jahren als Vorreiter für andere Länder etabliert werden.

Ziel und Vision der Initiative

Mit der Weiterführung der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge wird das Ziel verfolgt, die Erforschung und Umsetzung einer inklusiven Katastrophenvorsorge nachhaltig zu verankern. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Resilienz bisher vielfach vernachlässigter Bevölkerungsgruppen geleistet. Dies umfasst insbesondere vier Aspekte:

- i. Nachhaltige Verankerung des Ziels einer inklusiven Katastrophenvorsorge in politischem und praktischem Handeln.
- ii. Identifikation bestehender Herausforderungen und die Entwicklung angemessener Ansätze zu deren Bearbeitung.
- iii. Unterstützung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (z.B. Katastrophenschutzbehörden, Feuerwehren, Hilfsorganisationen) und Kommunen bei der Etablierung inklusiver Einsatzkonzepte.
- iv. Förderung von Selbsthilfe- und Eigenvorsorgekapazitäten aller in Baden-Württemberg lebenden Menschen.

Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele

Um Katastrophenvorsorge in Baden-Württemberg inklusiver zu gestalten gibt es viele mögliche Ansatzpunkte, von denen hier einige Ideen für den Zeitraum von 2026-2030 skizziert werden.

Ziel I: Nachhaltige Verankerung des Ziels einer inklusiven Katastrophenvorsorge in praktischem und politischem Handeln

Lobbyarbeit für das Thema der inklusiven Katastrophenvorsorge

- Ausgangspunkt: In der Vergangenheit wurde das Thema der inklusiven Katastrophenvorsorge in Deutschland nur wenig bearbeitet. Um dies zu ändern und auch auf politischer Ebene ein Bewusstsein zu schaffen, braucht es entsprechende Lobbyarbeit.
- Ziel: Schaffung der Basis für eine gemeinsame Interessenvertretung zum Thema der inklusiven Katastrophenvorsorge unter Berücksichtigung der Vielfalt ihrer Mitglieder und Zielgruppen.
- Chancen: Bildung lokaler Netzwerke, Gestaltung politischer Rahmenbedingungen, Sichtbarkeit



Ressourcenbedarfe: Personalmittel für Koordination und Moderation der Veranstaltungen (z.B. Runde Tische), für Honorare und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren (z.B. Übersetzung in andere Sprachen) sowie Informationsmaterialien.

Regelmäßige Durchführung von Vernetzungsveranstaltungen

- Ausgangspunkt:** Aktuell existiert nur geringer Austausch zwischen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund, älteren und jüngeren Menschen sowie Menschen in sozioökonomisch herausfordernden Situationen bzw. ihrer Vertretungen.
- Ziel:** Regelmäßige Durchführung von Netzwerkveranstaltungen mit Vertreter:innen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Wohlfahrtsarbeit, Selbsthilfe und Selbstvertretungsorganisationen und Politik auf verschiedenen Ebenen (Land, Regierungspräsidium und Kommune), bei denen es möglich ist, miteinander ins Gespräch zu kommen, Probleme anzusprechen und Ansätze zur Stärkung eines inklusiven Katastrophenmanagements diskutieren zu können.
- Chancen:** Bildung lokaler Netzwerke, Abbau von Berührungängsten sowie Etablierung von Kooperationen
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für Koordination und Moderation der Veranstaltungen (z.B. Runde Tische), für Honorare und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren (z.B. Übersetzung in andere Sprachen) sowie Informationsmaterialien.

Etablierung einer regelmäßig stattfindenden barrierearmen Vortragsreihe zu Themen der inklusiven Katastrophenvorsorge

- Ausgangspunkt:** In den vergangenen zwei Jahren wurde deutlich, dass das Bewusstsein für Anforderungen und Ansätze einer inklusiven Katastrophenvorsorge aktuell noch gering ist.
- Ziel:** Sensibilisierung und Information zum Thema, zu Problemstellungen und Ansätzen sowie Schaffung von Räumen zum Austausch über Erfahrungen. Zielgruppe ist die Bevölkerung, wobei auf Akteur:innen aus den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, der Wohlfahrt, der Selbsthilfe und der Selbstvertretung fokussiert wird.
- Chancen:** Aufklärung und Motivation von in der Katastrophenvorsorge mitwirkenden Akteuren, Vernetzung und Verbreitung aktueller Ansätze aus Forschung und Praxis
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für Koordination und Moderation der Vortragsreihe, für Honorare und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren (z.B. Übersetzung in andere Sprachen) sowie Informationsmaterialien.

Ziel II: Identifikation von bestehenden Herausforderungen und Verbreitung von Information über Lösungsansätze

Schaffung einer zentralen digitalen Sammelstelle für Ansätze einer inklusiven Katastrophenvorsorge aus Baden-Württemberg und ganz Deutschland

- Ausgangspunkt:** Es gibt bereits jetzt zahlreiche Ansätze, die dabei helfen können, Katastrophenvorsorge inklusiver zu machen. Aufgrund der Vielfalt beteiligter Akteure und fehlender Kommunikationswege sind diese aber nicht immer bekannt.
- Ziel:** Schaffung einer zentralen digitalen Sammelstelle für Ansätze einer inklusiven Katastrophenvorsorge aus Baden-Württemberg und ganz Deutschland, die dabei hilft auf lokaler Ebene Strukturen inklusiver zu gestalten und Erfahrungen auszutauschen.
- Chancen:** Ein Nachschlagewerk sorgt dafür, dass bereits investierte Mittel nachhaltig genutzt und Synergiepotentiale gehoben werden.
- Ressourcenbedarfe:** Mittel für die Erstellung und den Betrieb einer entsprechenden barrierefreien Internetseite (inklusive einfacher Sprache und Gebärdensprache).

Schaffung und Management von Fördertöpfen für Forschung und Umsetzungsprojekte zu inklusiver Katastrophenvorsorge

- Ausgangspunkt:** In den letzten zwei Jahren wurde vielfach ein Wissensdefizit deutlich. Dieses besteht sowohl hinsichtlich vorhandener Problemstellungen als auch bezüglich konkreter Ansätze zu deren Bearbeitung.
- Ziel:** Bereitstellung von Fördermitteln für die Forschung zu Maßnahmen einer inklusiven Katastrophenvorsorge, um auf Landes- und kommunaler Ebene innovative Pilotprojekte zu ermöglichen.
- Chancen:** Passgenaue Forschung und Förderung innovativer Konzepte, die inspiriert sind von konkreten lokal existierenden Problemen.
- Ressourcenbedarfe:** Fördermittel sowie Personalmittel für die Koordination der Mittelvergabeverfahren.

Ziel III: Unterstützung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und Kommunen bei der Etablierung inklusiver Einsatzkonzepte

Etablierung von Aus- und Fortbildungen für Einsatzkräfte

- Ausgangspunkt:** Bisher existieren nur wenige Aus- und Fortbildungen für Einsatzkräfte zur Interaktion mit und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund, älteren und jüngeren Menschen sowie Menschen in sozioökonomisch herausfordernden Situationen.
- Ziel:** Erarbeitung, Evaluation und Etablierung von Aus- und Fortbildungen für Einsatzkräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Baden-Württemberg zu Themen einer inklusiven Katastrophenvorsorge (z.B. Vorstellung von Zielgruppen und ihrer Bedarfe, Fortbildungen zu barrierefreier Kommunikation, Fortbildung zur Hilfeleistung für bestimmte Zielgruppen) unter Einbindung der entsprechenden Zielgruppen.
- Chancen:** Abbau von Berührungspunkten, Sensibilisierung und Verbesserung der Inklusivität von Hilfsangeboten.
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für Forschung und Konzeption dieser Aus- und Fortbildungen. Mittel für Veranstaltungen mit Stakeholdern und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren (z.B. Übersetzung in andere Sprachen) sowie Informationsmaterialien.

Förderung von inklusiven Übungen

- Ausgangspunkt:** Bisher finden in Baden-Württemberg kaum Übungen mit Menschen mit Behinderungen statt. Dadurch können Berührungspunkte nicht abgebaut und bestehende Barrieren nicht identifiziert werden.
- Ziel:** Motivation von vielfältigen Akteur:innen in ganz Baden-Württemberg zur Durchführung von Übungen. Unterstützung von Planung, Durchführung und Evaluation.
- Chancen:** Frühzeitiges Erkennen von Problemstellungen und Identifikation von umsetzbaren Lösungen in Kooperation mit den Nutznießer:innen und Einsatzkräften.
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für die Koordination, Begleitung und Evaluation. Mittel für Barriereabbau bei Planungs-, Umsetzungs- und Evaluationsveranstaltungen.

Ziel IV: Förderung von Selbsthilfe- und Eigenvorsorgekapazitäten aller in Baden-Württemberg lebenden Menschen

Förderung der Schaffung barrierefreier Notfalltreffpunkte

- Ausgangspunkt:** Notfalltreffpunkte sind zentrale Anlaufpunkte für die Bevölkerung in großflächigen oder langanhaltenden Notlagen. Damit diese von allen Menschen nutzbar sind, müssen sie barrierefrei sein.
- Ziel:** Identifikation und Definition konkreter Anforderungen für inklusive Notfalltreffpunkte. Erprobung innovativer Ansätze (z.B. Ausbau von Einrichtungen der stationären Pflege zu Notfalltreffpunkten) sowie Implementierung daraus erwachsender Ansätze in der Praxis.
- Chancen:** Entlastung der Zielgruppen und Einsatzkräfte, Stärkung der Selbsthilfekapazitäten in der Bevölkerung.
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für die Koordination von Forschung, Evaluations- und Umsetzungskonzepten. Mittel für Veranstaltungen mit Stakeholdern und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren. Mittel für die kommunale Umsetzung erprobter Konzepte.

Verbesserung des Angebots von Aus- und Fortbildungen für die Zielgruppen

- Ausgangspunkt:** Bisher existieren nur wenige Aus- und Fortbildungen, die konkret auf die Unterstützungsbedarfe und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund, älteren und jüngeren Menschen sowie Menschen in sozioökonomisch herausfordernden Situationen eingehen.
- Ziel:** Erarbeitung, Evaluation und Etablierung von Aus- und Fortbildungen, um (a) den Zielgruppen eine gleichwertige Teilhabe an bestehenden Formaten zu ermöglichen oder (b) neue Angebote zu schaffen. Themen sind die Stärkung von Selbsthilfe durch Erste Hilfe, Brandschutz und Selbstschutz/Eigenvorsorge-Inhalte sowie ggf. die Anpassung von Aus- und Fortbildungen im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements dieser Gruppen.
- Chancen:** Abbau von Berührungängsten, Sensibilisierung und Verbesserung der Inklusivität von Hilfsangeboten. Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz und Bewältigungskapazitäten. Entlastung der Einsatzkräfte und Strukturen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.
- Ressourcenbedarfe:** Personalmittel für Forschung und Konzeption dieser Aus- und Fortbildungen. Mittel für Veranstaltungen mit Stakeholdern und Maßnahmen zum Abbau von Barrieren (z.B. Übersetzung in andere Sprachen) sowie Informationsmaterialien.